

Der Volksfreund

Wochenschrift für die Deutschen Polens in Stadt und Land.

Nr. 9

Sonntag, den 26. Februar 1922.

4. Jahrgang

Verlagsgesellschaft „Lodzer Freie Presse“ m. b. H.
Sektelauer 86. Geldsendungen und die Geschäftsordnung
betreffende Zuschriften sind an den Verlag zu richten.

Verantwortlicher Schriftleiter Ludwig Wolff.
Zum Abdruck bestimmte Manuskripte sind an den
Schriftleiter Lohz, Gdansk-Straße Nr. 112, zu
richten. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Bezugspreis mit Postzusendung 200 M. vierteljährlich
f. Deutschland R. M. 20. — Anzeigenpreis: für die sechs-
gespaltene Kleinzeile R. M. 40. —, für Deutschland R. M. 5. —

Etwas über Politik.

Zwei Herren vom „Evangelischen Wochenblatt“ schimpfen und toben fast in jeder Nummer ihres Blattes über den „Volksfreund“ — anders können sie offenbar nicht schreiben —; sie nennen uns Demagogen (Staatsverbrecher), politische Agitatoren u. s. w. Ob sie uns mit diesen Bezeichnungen mutwillig bei der Regierung anschwärzen wollen oder ob sie keine Ahnung von Politik haben, lasse ich dahingestellt sein. Aber zur Klärung des Sachverhaltes fühle ich mich gedrungen, einige Worte niederzuschreiben.

Politik im weiteren Sinne bedeutet die Lehre von den Staatszwecken und den besten Mitteln zu ihrer Verwirklichung. Jeder Staat kann eine Realpolitik oder Idealpolitik treiben. Erstere hält sich an das praktische Bedürfnis und vernachlässigt bisweilen völlig die idealen Gesichtspunkte; ja sie kann sogar in Interessenpolitik ausarten. Die Idealpolitik ist von der Macht der Idee beherrscht und verliert sich oft ganz in ihr.

Hat der „Volksfreund“ je danach gefragt, welche Politik unser Staat treibt? — Hat der „Volksfreund“ je die Politik unseres Staates verdammt oder die Erreichung der Staatsziele erschwert? — Mit welchem Recht nennt uns das „Ev. Wochbl.“ Demagogen?

Es dürfte wohl jedem unserer Leser bekannt sein, daß es eine innere und äußere Politik gibt. Die innere Politik zeugt von der Kultur und der Wirtschaftspflege des betreffenden Staates. Man kann sie einteilen in 1) Verfassungspolitik, — Verhältnis des Staates zu seinen Angehörigen — (Konstitution!), 2) Rechtspolitik — Rechtsordnung —, 3) Wirtschaftspolitik, 4) Sozialpolitik, 5) Agrarpolitik, 6) Finanzpolitik und 7) Kirchenpolitik.

Jeder Bürger eines Staates ist nicht nur berechtigt, sondern er ist verpflichtet, sich mit der inneren Politik desjenigen Staates, in dem er wohnt, zu dessen Wohl zu beschäftigen. Das ist kein Verbrechen, sondern ein Vorzug für den Staat. Je reifer die Bürger sind, desto mehr beschäftigen sie sich mit der wirtschaftlichen und kulturellen Frage ihres Staates. Politik in diesem Sinne wird schon in der Schule bei den Kleinen gelehrt. Ist doch die Weltgeschichte wie sie heute noch größtenteils gehandhabt wird, ausgesprochene Politik, hören doch die Kleinsten schon in der Heimatkunde von der Gmina, vom Kreis, von der Wojewodschaft, von den Wohlfahrtsanstalten u. s. w. Und wenn wir auf diesem Wege weitergehen, so kommen wir zu der Ueberzeugung, daß in jedem Fach, sogar im naturkundlichen Unterricht (Zweckmäßigkeit der Einrichtungen im

Haushalt der Natur) Politik getrieben werden kann und muß.

Ich frage, wie weit hat der „Volksfreund“ in diesem Sinne Politik getrieben? Viel zu wenig und das ist sein Fehler. Er müßte noch mehr aufklärend wirken, er müßte die Leser genauer über die wirtschaftlichen, sozialen und ganz besonders jetzt über die kirchlichen Verhältnisse unterrichten er müßte eine größere Propaganda entwickeln, damit unnötige Quacksalberblätter genötigt werden, einzugehen u. s. w. Also in dieser Hinsicht bringt und tut der „Volksfreund“ zu wenig. Und nun, „Ev. Wochensblatt“, wann brachte er zu viel, welche Artikel sind absichtlich oder auch nur unabsichtlich, staatsfeindlich und demagogisch?

Die eigentliche Politik, Politik im engeren Sinne des Wortes, ist die äußere Politik. Sie besteht im Verhältnis eines Staates zum Auslande. Hier kommen auch hauptsächlich die am Anfang dieses Aufsatzes genannten Arien der Politik, die Real-, Ideal-, Interessen-, Phantasie- und Gefühlspolitik in Betracht. Welche Art der Politik für den betreffenden Staat vorteilhafter ist, das müssen seine Staatsmänner und die Sachverständigen wissen. Da wir Mitarbeiter des „Volksfreunds“ im Gebiet der Politik Laien sind und nicht einmal zu einer politischen Partei gehören, so haben wir auch nie unsere politische Ueberzeugung in Auffäßen zum Ausdruck gebracht. Die Beschuldigungen des „Ev. Wochensbl.“ sind daher hinfällig.

Oder ist das „Ev. Wochensbl.“ darüber entsetzt, daß wir deutsch sind und deutsch bleiben wollen? Nun, wenn es ihm darum geht, dann soll es nur fort schimpfen, aber staatsfeindlich darf es uns deshalb nicht nennen. „Deutsch sein, heißt treu sein“ und wir erfüllen unsere Pflicht der Republik Polen gegenüber eben so gut, wenn nicht noch besser, wie jeder andere Bürger. Deutscher, Pole oder Russe sein, ist doch nicht etwa eine politische Orientierung, sondern das ist der einfachste und natürlichste Reizepaß, den die Natur dem Menschen mit auf den Weg gab.

Sind wir aber deshalb politische Agitatoren und Demagogen, weil wir unsere Brüder anfeuern zum Deutschtum treu zu halten, weil wir deutsche Schulen, deutsche Kirchen für uns fordern, weil wir unsere deutschen Vertreter in der Regierung haben wollen; ist das staatsfeindlich?

„Evangelisches Wochenblatt“, tritt herfür!
Arminius.

Auf dem Scheidewege.

Der Herr Generalsuperintendent hat am 7. d. M. einer Anzahl von Gemeindegliedern in Lodz den Entwurf zur Bildung einer evangelischen Ver-

einigung vorgelegt. Obwohl der größte Teil der Versammelten unvorbereitet war, wurden diese sich der Tragweite eines solchen Vorschlages doch bald bewußt und verhielten sich, hierzu Stellung zu nehmen. Sämtliche Redner sprachen sich offen und klar gegen die Gründung einer evangelischen Vereinigung aus und begründeten diese ihre Opposition mit logischen und sachlichen Argumenten, denen selbst der Herr Generalsuperintendent nichts gleichwertiges entgegenstellen mußte. Die Zwischensache der Versammelten und die einmütige Kundgebung am Schlusse der Versammlung ließen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß der Vorschlag des Herrn Bursche von den versammelten Gemeindegliedern glatt abgelehnt wurde.

Für einen ehrlich denkenden Menschen wäre nur eine Schlußfolgerung aus dieser Niederlage möglich: das Projekt einzuprüfen und — abzuschweigen. Auch wir erwarteten, daß der Herr Generalsuperintendent im Hinblick auf den klar ausgesprochenen Willen der Gemeinde diese Schlußfolgerung ziehen werde, und hätten es nicht für nötig, auf die Sache noch weiter einzugehen. Leider aber hat uns der in der Nummer 46 der „Neuen Lodzer Zeitung“ erschienene Artikel des Herrn Generalsuperintendenten davon überzeugt, daß unser Tatgefühl keinen Widerhall bei der Gegenseite gefunden hat. Der Herr Generalsuperintendent bleibt bei seinem im Kreise seiner Vertrauten ausgearbeiteten Beschluß und versucht seine Idee durch das ihm ergebene Blatt zu verbreiten. Angesichts dessen können auch wir nicht abschweigen. Der Artikel des Herrn Generalsuperintendenten bildet eine Herausforderung an unsere Adresse. Wir aber wollen ihm nicht in demselben Tone entgegengehen, sondern werden darauf nur mit der sachlichen Darlegung unseres Standpunktes in der berührten Frage antworten.

Zu allererst müssen wir darauf hinweisen, daß es nicht den Tatsachen entspricht, wenn der Herr Generalsuperintendent behauptet, seine Person werde von uns angegriffen. Es zeugt dies davon, daß der Herr Generalsuperintendent F. Bursche seine Person etwas zu hoch einschätzt. Wir haben einen viel zu hohen Begriff von den Aufgaben einer Zeitung, als daß wir uns herablassen könnten, uns mit einzelnen Personen als solchen zu befassen. Dagegen sind wir verpflichtet, die Wirksamkeit des Oberhirten der evangelischen Gemeinden nach bestem Wissen und Gewissen zu kritisieren und sie allseitig zu beleuchten, denn die Folgen seiner Tätigkeit trägt nicht der Generalsuperintendent, sondern die hiesige evangelisch-angeburgische Kirche.

Der Herr Generalsuperintendent gibt vor, eine „Evangelische Vereinigung“ gründen zu müssen, um das religiöse Leben zu pflegen, den Frieden in

der Kirche aufrechtzuerhalten und der ständig wachsenden Macht der katholischen Kirche eine klare protestantische Organisation entgegenzustellen.

Wir sind der Meinung, daß es doch gerade die heftigste Aufgabe der Kirche selbst ist, das religiöse Leben unter den Gemeindegliedern zu pflegen, daß dies doch eigentlich der Zweck ihres Bestehens sei. Ist die Kirche als Vereinigung der Gläubigen nicht im Stande diese Aufgabe zu erfüllen, dann wird eine außerkirchliche „Evangelische Vereinigung“ sie nie und nimmer tun können. Es bliebe neben einem toten Körper noch einen zweiten zu schaffen. Von diesem Gesichtspunkte aus halten wir die Gründung einer „Evangelischen Vereinigung“ für überflüssig. Ist für schließlich, da sie nur die Gemeindeglieder von dem innerkirchlichen Leben ablenken könnte.

Die weiteren Begründungen des Herrn General-Superintendenten sind nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen. Wir wollen den Gedanken nicht zurückweisen, daß auch hier in Polen, wie in anderen Ländern, eine Organisation nötig wäre, die die Aufgabe hätte, den Protestantismus vor Übergriffen der katholischen Kirche zu schützen. Eine solche Organisation aber müßte aus dem Innern der Gemeinden heraus entstehen und dürfte uns nicht vom Hohen Konfistorium diktiert werden.

Die bisherige Tätigkeit des Herrn General-Superintendenten und des Hohen Konfistoriums hat in uns die Überzeugung geweckt, daß wir von dieser Seite nichts Gutes zu erwarten haben. Es ist der überwiegenden Mehrheit der hiesigen Evangelischen vollständig klar, daß der Herr General-Superintendent mit seinem Vorhaben etwas anderes beabsichtigt, als er vorgibt. Herr Bursche ist Politiker. Er möchte nun aber gern mit seiner einflussreichen kirchlichen Stellung auch die politische Macht in seinen Händen vereinigen. Dazu gehört aber eine politische Organisation, die ihn oder seine Leute in die gesetzgebenden Körperschaften entsenden würde. Das ist der Anlaß, warum der Herr General-Superintendent kurz vor den Wahlen zu uns mit dem Projekt der Schaffung einer „Evangelischen Vereinigung“ kommt. Die Religion soll hier als Köder benutzt werden, sie soll zur Baupfeiler für die Wahlagitatorien herabgewürdigt werden, gerade so wie das Amt des General-Superintendenten zur politischen Agentur entwürdigt wurde. Religion und Politik sind Gegensätze. Es ist ein innerer Widerspruch, von einer politischen Partei zu sprechen, die auf religiöser Grundlage aufgebaut ist. Herr Bursche scheint sich in dem Gedankenkreis der Zeit des dreißigjährigen Krieges zu bewegen, wenn er eine solche absurde Idee fassen konnte. Es zeugt dies von einer vollständigen Verkennung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse. Heute sind für die politische Orientierung wirtschaftliche Fragen maßgebend, zu denen sich in unserem Vaterlande noch die völkischen hinzugesellen. Vom politischen Standpunkt aus müssen die völkischen Interessen schon aus dem Grunde den Vorrang vor den religiösen genießen, weil ihnen größere Gefahr droht und wir keine offizielle Vertretung unseres Volkstums besitzen, während doch die evangelische Kirche eine solche Vertretung in Gestalt des Konfistoriums schon besitzt. Diese Bedenken sind es, die uns dazu veranlassen, den Vorschlag des Herrn General-Superintendenten abzulehnen. In der Verwirklichung dieses Gedankens sehen wir eine Herabwürdigung unseres evangelisch-augsburgischen Bekenntnisses zu einem politischen Werkzeug, sehen wir eine Vermischung der politischen Begriffe und somit eine Gefahr für unser Volkstum. Aus diesen Gründen müssen wir uns ganz energisch gegen die neueste politische Intrige des General-Superintendenten wenden. Wenn er seine Absichten trotzdem durchsetzen will, so fällt die

Verantwortlichkeit für die Folgen, die unsere Kirche daraus entstehen könnten, voll und ganz auf den Generalsuperintendenten.

Akro.

Unsere Schulen.

Mannigfaltig sind die Sorgen und Kummer, die das Herz jedes bewußt-deutschen Bürgers des Freistaates Polen beschweren. Die von den Vätern überkommenen Kulturgüter befinden sich vielerorten im erschreckenden Schwinden. Manche ihrer völkischen Zusammensetzung nach rein deutsche Siedelungen verlieren allmählich ihr bisheriges Gepräge. Die Nachkriegszeit hat klaffende Wunden in den Körper des deutschen Volkes gespalten, aus tausend Stellen blutet er, an tausend Stellen bilden sich eiternde Geschwüre. Gott sei's gedankt, noch sind der gesunden Säfte ein reichlich Maß vorhanden, noch pocht und schlägt das deutsche Herz.

Wird aber nicht baldigst ein Umschwung eintreten, so ist Gefahr vorhanden, daß unser Volkskörper durch die vielen alten und neuen Blutwunden langsam dahinsiechen und von Erschöpfung in sich zusammenbrechen wird.

Welches sind nun die vielen blutenden und eiternden Wunden unseres Volkskörpers? Die deutschen Schulen in Stadt und Land, die im Laufe der letzten drei Jahre entweder durch Laueheit und Nachlässigkeit der deutschen Schulgemeinden, entweder durch Verrat und Hinterlist der berufenen Kreise, oder letztlich durch die Mangelhaftigkeit und Willkür der obrigkeitlichen Verordnungen vom Erdboden verschwunden sind. Hilferufend und anklagend dringt an unser Ohr der Notschrei Hundertter von deutschen Schulgemeinden. Und wieviel Gebete steigen tagtäglich vor den Thron des Allmächtigen mit dem Seufzer: Wann bekommen wir unsere deutsche Schule wieder? Die Tränen und Klagen Tausender von Kindern will ich nur kurz erwähnen.

Lange werden diese Wunden nicht vernarben. Lange wird es dauern, bis das Kind sich an die fremden Laute gewöhnen, bis es seiner Muttersprache gleichgültig und kalt, möglich auch feind geworden sein wird. — Ein tiefes Leid, ein folgenschweres Schicksal ist mit jeder deutschen Volksschule verbunden. Greifen wir anderthalb Jahrhunderte zurück. Eine wildverkommene Gegend, Wald und Sumpf ringsum, keine fahr- oder gehbaren Wege. Wolf und Schlange, Fuchs und Seidkröte führen das alleinige Regiment in dem düstern Gebiete des Urwaldes. Und eines Tages erscheinen da Leute mit Frau und Kind, mit Wagen, Pferden und Ackergeräten — das helle Pochen der Axt, der schrille Ton der Sägen erschallen weit durch den Wald. Hurtle sind alle an der Arbeit. Eigenartig stehen die langen, blauen Tuchröcke vom dunklen Grün des Waldes ab. Bald wird ein großes Feuer angezündet, und lustig prasseln die dünnen Kienäste. Wochen- und monatelang währt die saure Arbeit, endlich ist ein gut Stück Wald bloßgelegt. Man schreitet zur Aufteilung des gerodeten Landes. Und der schönste Platz wird unter das Schulhaus bestimmt, das auch als erstes mit Gebet und Gesang aufgebaut wird. Im Laufe der Zeit werden einige Geschlechter darin gelaufen, manchmal auch eingeseget, hier entspringt der Quell der Wissenschaft, wie ihn so ein tapferer Schulmeister verkörpert. Mit größerem und geringerem Behagen schlürfen nun die Buben und Mädchen des Dorfes daraus. Es eilt ein Jahrzehnt dem andern nach. Und plötzlich kommt das Verhängnis: die deutsche Volksschule wird, da zwei oder drei Schüler zur festgelegten Zahl 40 fehlen, eiligst in eine mit polnischer Unterrichtssprache umgewandelt, unter bedingungsloser Aus-

schaltung der deutschen Sprache. Arme Kinder, beklagenswerte Schulgemeinden! Die Wunde blutet und wird lange, lange nicht vernarben.

Nach dem letzten Bericht des Ministeriums befinden sich in Kongresspolen annähernd bei 300 Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache. Ende 1918 gab es, Lodz und einige 50 Schulgemeinden in der Umgegend von Radom, Chelm und Lublin nicht mitgerechnet, über 500 deutsche Volksschulen. Somit sind mindestens die Hälfte unserer Schulen in den letzten drei Jahren geschlossen oder umgestaltet worden. Ein erfreulicher Fortschritt? Bereits 1867 besaßen wir 634 deutsche Volksschulen (siehe „Volksfreund“ Nr. 33, Jahrgang 1921) und heute? Niederschmetternde Zahlen, die in uns besorgniserregende Erwartungen, tiefertraurige Vermutungen auflösen. Führt kein Hoffnungsstrahl uns aus diesem Dunkel der Sorge und Verzweiflung heraus? „Arzt, hilf dir selber...“ So manche deutsche Schule ist dank der Fähigkeit und Opferwilligkeit der Gemeindeglieder dennoch gerettet worden. Die Kindeskinde werden den tapferen Streikern dafür Dank wissen. Vieles wurde aber, ehrlich gesagt, verschlafen durch mancherlei Schuld und Fahrlässigkeit. Wer da noch im Kampfe steht, dem rufen wir zu: Tapfer gefochten, nicht müde oder matt werden.

Die Zeit der Sejmwahlen rückt greifbar näher. Mannigfaltig werden die Wünsche, verschieden die Ziele sein, die die deutschen Wähler in Stadt und Land ihren Abgeordneten in den Sejm werden mit auf den Weg geben. Liebe Volksgenossen! eins vergeßt aber nicht: Rettet und beschützt unsere deutsche Schulen! Dies sei euer heiligster und oberster Wunsch. Der deutsche Volkssplitter in Polen fällt und steht mit seiner deutschen Schule. Bereits vor 70 Jahren hat dies klar ein deutscher Kulturforscher erkannt; er wies darauf hin, daß die Erhaltung des deutschen Volkstums aufs engste mit dem Bestande der deutschsprachigen Schule verknüpft ist. Angesichts dieser großen Gefahr, unsere Schulen allmählich zu verlieren, tritt alles andere in den Hintergrund zurück. Sind wir dann noch eine Volksgemeinschaft, wenn überall in Stadt und Land in den Schulen die deutsche Sprache verloren geht? Kläglich werden wir wie die Spreu im Winde im fremden Volkstum untergehen. Dies wird nicht über Nacht geschehen, so rasch wickeln sich geschichtliche Vorgänge nicht ab, jedoch allmählich bröckelt einer nach dem andern ab, bis die Welle auch den letzten verschlinget.

Unsere vornehmste Sorge muß es sein, entgegen allen unredlichen Angriffen und schändlichen Anspielungen das Heft nicht aus der Hand zu lassen. Die Geschäftsstelle der deutschen Sejmabgeordneten hat in zahlreichen Fällen der Gerechtigkeit zum Siege verholfen, mancherorts hat die Schulgemeinde ihr Äußerstes getan, um die Schule zu retten. Wie dem auch sei: für die Erhaltung unserer deutschen Schule ist keine Mühe zu gering, kein Weg zu beschwerlich, keine Arbeit umsonst. Jahrhunderte hatte in manchen Orten die deutsche Schule überdauert, Urgroßväter, Großväter haben sie aus eigenen Mitteln heraus recht und schlecht unterhalten. Und wir sind nicht Mannes genug, dieses teure Väter Erbe mit allen Kräften zu erhalten, zu beschützen, zu verteidigen? Wehe uns! Als erster Punkt jedweder Bevollmächtigung für den deutschen Sejmabgeordneten muß verzeichnet stehen: „Unsere Deutschen Schulen sollst Du uns verteidigen bis aufs Blut, die verlorenen — alle wiedergewinnen!“

„Traditionelle Toleranz“.

Kampf um einen Betstuhl.

Immer wieder müssen wir hören, daß unsere polnischen katholischen Mitbürger wenig Achtung vor den evangelischen gottesdienstlichen Stätten

zeigen, ja sich mitunter sogar zu empörenden Ausschreitungen hinreißen lassen. Ein solcher Fall ist das Verhalten der katholischen Einwohner von Konkowola, von dem der „Zwischen Evangelium“ und auch der „Friedensbote“ in Nr. 1 dieses Jahres berichtet. Nicht überall steigt der Haß bis zu einem solchen Grade, an anderen Orten handelt es sich nur um ein gewisses Uebelwollen, ein Mißachten wohlworbener Rechte. In solchen Fällen ist es die Aufgabe evangelischer Volksgenossen, auf ihrem guten Rechte zu bestehen und nicht eine Handbreit zu weichen. Daß ein solches Verhalten unter Umständen von Erfolg begleitet sein kann, zeigt folgender Vorfall:

In Ponchow, Kreis Konin, befindet sich im Schulgebäude ein evangelisch-lutherischer Betsaal. Dieser ist wie die Schule vor über 60 Jahren von dem deutschen und evangelischen Bestandteil der Ortseinwohner erbaut. Jetzt regte sich plötzlich in den katholischen Gemeindegliedern das Verlangen, diesen Betsaal seiner eigentlichen Bestimmung zu entziehen und zu Schulzwecken zu verwenden. Ein Vorbote der dahingehenden Wünsche war es vielleicht, daß im Dezember vorigen Jahres ein ganzes Fenster mit Rahmen und Glas aus dem Betsaal gestohlen wurde. Vielleicht hoffte man, daß dadurch den Evangelischen der Aufenthalt infolge des eindringenden Schnees und Regens ungemütlich werden würde. Die wahren Absichten der Katholiken aber enthüllten sich am 7. Januar d. J. Zu diesem Tage war vom Schulheizen und vom polnischen Lehrer eine Versammlung der Gemeindeglieder einberufen, angeblich auf ein Schreiben des Schulinspektors hin. Jedoch wurde ein solches der Versammlung weder vorgelegt noch verlesen, es war wohl bloß eine Erfindung. Es wurde kurzerhand von den erschienenen deutschen evangelischen Gemeindegliedern verlangt, daß sie auf all ihre Rechte am Betsaal verzichten und diesen in ein Schulzimmer verwandeln lassen sollten, da das bisherige zu klein sei. Als sich die Deutschen weigerten, drohte man ihnen mit Säufen, rief: „do Berlina“ und verlangte von ihnen sofortige Unterschrift. „Ein anwesender deutscher Landwirt erwiderte, daß die deutschen Ortsbewohner ihre Steuern nicht in Berlin zahlen, sondern in Polen, wo sie auch geboren seien. Das Gebäude sei vor mehr als 60 Jahren aus den Mitteln der Deutschen erbaut und sie würden unter keinen Umständen von ihren wohlbegründeten Rechten abweichen.“

Hierauf erhob sich noch ein größerer Tumult. Ein katholischer Teilnehmer der Versammlung wollte sich auf den Sprechenden stürzen, wurde aber zurückgehalten. Der polnische Lehrer und andere riefen: „Tür zumachen! Die Deutschen nicht hinauslassen!“ (Zamykać drzwi! nie wypuszczać Niemców!) Es sollten also die Deutschen mit Gewalt gezwungen werden, einen Verzicht auf den Betsaal zu unterschreiben. Da jedoch keiner von ihnen hierzu zu bewegen war, so mußte die polnische Mehrheit der Versammlung von ihrem unberechtigten Verlangen absteigen, und die Deutschen wurden schließlich auch unversehrt zur Tür hinausgelassen.

Dieser Vorfall zeigt deutlich, daß man sich durch die Annahme der Polen nicht einschüchtern lassen, sondern fest für seine Rechte eintreten soll. Dann wird man in vielen Fällen Erfolg haben, wie hier die Deutschen von Ponchow und ihr mannhafter Wortführer, sollte es aber nicht der Fall sein, so hat man doch das Bewußtsein, seine Pflicht getan zu und seine Rechte nicht preisgegeben zu haben.

Neuzeitliche Priester und Leviten.

Unter diesem Titel schreibt A. E. in der „Lodzer Freien Presse“:

Soweit mir bekannt wurde, haben die amerikanischen Sparer allen notleidenden Glaubensgenossen in Kongresspolen helfen wollen. Es ist auch nicht anzunehmen, daß die Leiter der amerikanischen Hilfsaktion mit den Brakiten des Warschauer Konsistoriums und seiner Helfer einverstanden sind, wie sie geschildert werden in einem mir unangst zugewandenen Briefe: „Unserer Not wurde im Augenblick etwas abgeholfen, als im vorigen Jahr Pastor... aus Warschau zu uns kam, eine „Konsistorialkasse“ gründete und auch gleichzeitig einen größeren Beitrag mitbrachte, den er uns dann überlassen wollte, wenn wir uns von der Bodier Kasse los sagten und die von ihr erhaltene Summe zurückzahlten. Wohl oder übel mußten wir uns dazu entschließen und die Warschauer Kasse anerkennen, welche als Reisefondskasse gegründet und mit 5 Prozent verzinst werden sollte, wobei das Kapital für immer in unserer Kasse verbleiben sollte. Neuerdings aber haben die Herren im Konsistorium sich eines anderen besonnen und den Zinsfuß auf 6 Prozent erhöht und außerdem bekanntgegeben, daß das Kapital nach fünf Jahren an das Konsistorium zurückzahlen sei.“ Das Konsistorium handelt also nach Bucherergrundsätzen. Um die Verbindungen mit der Bodier Kasse lösen zu lassen, stellt es die Forderung eines als Zinsen der zu gründenden Kasse verbleibenden Kapitals in Aussicht. Als es seinen Zweck erreicht hat, ändert es einseitig und willkürlich die Bedingungen, kündigt das Kapital und erhöht den Zinsfuß. Im Geschäftsleben nennt man eine solche Handlungsweise schamhaftig.

Ein Bischof, als Bischof hatte keine Macht seiner Kirche einige Sühnung oder Zeremonie aufzulegen ohne Einwilligung der Kirche in klaren Worten oder auf stillschweigende Art. Weil die Kirche frei und eine Herrscherin ist und die Bischöfe nicht über den Glauben der Kirche herrschen, noch sie wider Willen beschweren und belästigen dürfen. Denn sie sind nur Diener und Haushalter, nicht aber Herren der Kirche.

(Luther an Melanchthon über Menschenfalsch 1538).
Und wie hält es ks-biskup Barche?

Die Autorität unseres evangelisch-augsburgischen Konsistoriums.

Sehr geehrter Herr Redakteur! In der sicheren Voraussetzung, daß die Schriftleitung der „Neuen Lodzer Zeitung“ die Aufnahme meiner Zuschrift verweigern wird, richte ich an Sie die Bitte um gest. Veröffentlichung nachstehender Zeilen:

Als Bögling des ehemaligen Warschauer Lehrerseminars besuchte ich mit besonderer Vorliebe gerade diejenigen Gottesdienste in der dortigen evangelischen Kirche, welche von Herrn Pastor Barche geleitet wurden. Wie verstand es auch der damals so beliebte Seelsorger, seine Zuhörer für die edlen Christentugenden zu begeistern, indem er sie lehrte nicht zu trachten nach dem, das hienieden, sondern nach dem, das dorthin ist. Wie lauschte man da andachts- und ehrfurchtsvoll den Worten des glänzenden Kammermeisters, wenn er in seinen hureisenden Predigten von Dem sprach, der da sagte: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“. Man gewann unwillkürlich den Eindruck: das ist ein Seelenhirt, wie er sein soll. Als vor Jahren die Kunde durch das Land ging: Zum General-superintendenten wurde Herr Pastor Barche gewählt, — da waren alle seine zahlreichen Zuhörer hoch erfreut, denn nun wählten sie den

rechten Mann auf dem verantwortungsvollen Posten. Wenn ich als Kantor nach dem Besuche einer Geredung, ein Rundschreiben des Konsistoriums an die Kirchen und Kantoralgemeinden zu verlesen hatte, — wie ehrfurchtsvoll wurde so etwas früher von der Gemeinde aufgenommen! Willig und ohne Murren folgte man den Befehlen des Herrn Generalsuperintendenten, auch wenn es galt, Opfer zu bringen für das „Haus der Barmherzigkeit“, für Missionszwecke, zur Vinderung der Not in irgendeinem Falle u. dgl. Die Anordnung kam eben vom Hohen Konsistorium und das war heilig. So war es einst.

Und heute? Ja, wo ist heute die Autorität des „Hohen Konsistoriums“? Wie groß ist die Enttäuschung, die wir nun an unserem Herrn General-Superintendenten erleben! Wer konnte es jemals ahnen, daß Herr Barche die Würde des Oberhauptes der evangelischen Kirche Kongresspolens durch Anpreisungen von Petroleum, Kohle, Erz (Majoratsauftrag!) und anderen irdischen Dingen („Mein Reich ist nicht von dieser Welt...“) so schmachvoll in den Schmutz treten wird. Er hat dadurch dem Ansehen unseres jungen Staates, dem wir treu ergeben sind, sicher mehr geschadet als genützt. Ist es ferner nicht schmerzhaft zu bedauern und zu beklagen, was man heute in der Tagespresse über unsern Generalsuperintendenten liest? Was soll die Stellungnahme des Herrn Barche? Achtung für das Haupt unserer Kirche einflößen? Bleibt es sich für den ersten Diener Christi an unserer Kirche mit Ausdrücken, wie „Spickerleute“, u. dgl. um sich zu werfen? Was sollen die Befehle anderer Konfessionen von einer „evangelischen“ Kirche denken, deren Oberhaupt die Würde seines hohen Amtes durch solch ein erbärmliches Herumgeren in den Zeitungen so schmachvoll verächtet? Man traut seinen Augen kaum, wenn man unter dem Namen des Artikelhebers in der „Neuen Lodzer Zeitung“ Nr. 40 22, das Wort „Generalsuperintendent“ liest. Aber solch offenkundiges Vorgehen, das schon lebhaft an den Beruf eines Advokaten erinnert, mußte der Herr „Generalsuperintendent“ wirklich erheben sein. Die hiesige evangelische Kirche hat ein Recht zu verlangen, daß ihr Oberhaupt die Autorität und Würde des Konsistoriums besser wahrte.

Ich befaße mich als Lehrer auf dem Bande grundsätzlich nicht mit Politik, denn diese gehört nicht in die Schule. Viel weniger aber noch gehört weltliche Politik in die Kirche hinein, und doch brachte das Oberhaupt unserer Kirche es fertig, das Konsistorium zu einer politischen Agentur herabzuwürdigen und zu kompromittieren, vielach sogar zum Schaden des polnischen Staates, indem man das Gegenteil davon erreichte, was angestrebt wurde. Es liegt mir auch vollkommen fern, hier Stellung zu nehmen, weder zugunsten der einen noch der anderen Seite. Das mögen andere besorgen. Wenn ich jedoch erwäge, wie? Mergernis der Herr Generalsuperintendent durch seine das Konsistorium so tief entwürdigende Handlungsweise der evangelischen Christenheit gibt, wenn ich täglich hören und lesen muß, wie empört und unzufrieden die denkbaren Gemeindeglieder mit seiner Tätigkeit sind, dann drängt sich mir die Frage auf: Was soll aus unserer Kirche werden? Und unwillkürlich kommt mir der Gedanke: Wann wird Herr Barche endlich einsehen, daß es höchste Zeit ist, entweder andere Bahnen einzuschlagen, — oder aber den Stahl eines Oberhirsens der evangelischen Kirche - Polens einem Würdigeren zu überlassen und alsdann sein Glück auf dem ihm so sehr zusagenden Gebiete der Politik oder Advokatur zu versuchen.

Ein Volkskatholik.

Deutsche Volksgenossen!

Als die ersten deutschen Wolgakolonisten, durch Hunger und Verzweiflung von der heimatlichen Scholle vertrieben, zu uns ins Land kamen, da hatte ihr Notschrei ein lautes Echo des Erbarmens in Euren Herzen erweckt. Mit offenen Armen seid Ihr ihnen zu Hilfe geeilt, und indem Ihr, ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses und der gesellschaftlichen Stellung, gabt, was in Euren Vermögen lag, habt Ihr die Tränen des Kummers und der Sorge in den Augen dieser vom Schicksal Enterbten getrocknet und Euch ein leuchtendes Denkmal der Dankbarkeit in ihren Herzen errichtet.

Damit aber darf und kann es nicht genug sein! Bedenkt, daß unsere deutschen Brüder von der Wolga rein alles verloren haben und daß sie heute als die Ärmsten der Armen vor uns stehen. Von Hunderttausenden, die durch Hunger, Seuchen und Krankheit einen qualvollen Tod gefunden, sind sie als die wenigen zu uns gelangt. Noch unterwegs hat der Tod grausame Ernte unter ihnen gehalten, und noch jetzt sterben unsere Volksgenossen von der Wolga in den verschiedenen Sammelagern infolge Entbehrung und Krankheit. Wollen wir gleichgültig und mit verschränkten Armen zuschauen, wie sie, die mit Not den Schrecken der bolschewistischen Hölle entronnen, nun vor unseren Augen umkommen? Wollen wir zusehen, wie sie sterben, wo wir ihnen doch helfen können und als Christen und Volksgenossen auch helfen müssen?

Denkt nicht, daß genug getan wird zur Linderung der Not dieser Ärmsten, wenn Ihr in den Zeitungen von den Spendenaktionen hier und anderorts lest. Wir haben Einblick genommen in ihre Not und wir müssen feststellen, daß die bisher erteilte Hilfe gegenüber dem Umfange der Not gleichbedeutend ist mit einem Tropfen auf den heißen Stein. Wer die Schilderungen der Not in den Blättern gelesen hat, wird sich dieser Einsicht nicht verschließen können. Zudem treffen noch fort und fort Wolgaflüchtlinge ein, die in der gleichen bejammernswerten Lage sind. Auch sie richten ihre Augen auf uns: Helft!

Wollen wir ihre letzte Hoffnung und ihren Appell an unser Erbarmen enttäuschen?

Nein, das darf nie und nimmermehr sein!

Aus den Kreisen der hiesigen Deutschen aller Stände und Konfessionen hat sich ein Ausschuss gebildet, der sich eine planmäßige Hilfsaktion für die Wolgadeutschen zur Aufgabe gemacht hat. Helft diesem Ausschuss, seine für wahr nicht leichte Aufgabe dadurch zu erfüllen, daß Ihr ihm die Mittel zur Ausbreitung des Hilfswerks zuführt. Wer rasch gibt, gibt doppelt!

Spenden in Geld und Gegenständen nimmt auch die Geschäftsstelle des „Volksfreundes“, Lodz, Detrikauerstraße, Nr. 86, entgegen.

Der Hilfsausschuss.

Bei den Deutschen in der Dobrudscha.

Von Kurt Baumgarten.

Langsam fährt unser Zug durch die Appligen Felder der Walachei, der Donau zu. Die noch nicht wiederhergestellte Eisenbrücke von Cerravoda taucht vor unsern Blicken auf, der Zug hält. Alles stürzt über die dürftige Pontonbrücke hinüber zum andern Ufer, wo der Zug nach Konstanza wartet.

Wir fahren jetzt durch die öden, leicht gewellten Ebenen der einst heiß amströmten Dobrudscha,

die landschaftlich dem Auge wenig bietet, dafür mit ihrem bunten Völkergemisch den Reisenden einschädigt.

In Bumpen gefüllte rumänische Bauern und ebenso zerrissene Soldaten flirren auf den Haltestellen den Zug an; Tatarenweiber, deren Pump-hosen dem Westencopier sofort ins Auge fallen, bieten türkisches Zuckergebäck feil, Jungen bücken sich nieder und puzen eifertig den Reisenden die Stiefel. An zerfallenen Dörfern vorbei, die noch immer die Spuren des letzten Krieges deutlich tragen, an uralten Türkenfriedhöfen, deren Grabsteine bald im Sande verschwinden, geht der Zug bergab, bis das Häusermeer von Konstanza vor uns liegt. Der Hafen wird sichtbar, und das weite Blau des Schwarzen Meeres.

Auf dem kleinen Bahnhof empfängt uns ein wirres Sprachendurcheinander; die Typen und Trachten der Menschen gemahnen an den Orient. Ein kleiner Türkenknirps ergreift meinen Koffer und führt mich durch die belebten Straßen der Stadt, wo moderne Hotelbauten mitteilig auf zerfallene Hütten hinabschauen. Auch hier, wie überall in Rumänien, Spuren des Krieges, von einem Wiederaufbau ist wenig zu merken. Mein kleiner Gepäckträger windet sich behende durch die belebten Gassen, wo auf dem Bürgersteig die Männer bei Pfeife und Schnaps scheinbar zu jeder Tageszeit sich von des Tages Arbeit erholen. Die Straße wird ruhiger, da bleibt der Junge plötzlich stehen und gestikuliert mit den Händen. Wir stehen vor einer kleinen Kirche, über deren Eingangstür die Inschrift: Eine feste Burg ist unser Gott! den deutschen Besucher heimlich annimmt. Es ist die deutsch-evangelische Kirche von Konstanza. Inmitten des herrlichen Landes leuchtet ein zweites Gebäude hervor, die „Ecola Evangelica“. Kirche und Schule der kleinen deutschen Gemeinde sind seit kurzem wieder in Betrieb, die Kirche hat aus Siebenbürger ihren Pfarrer erhalten, die Schule ist mit Lehrern aus andern deutschen Gegenden Rumaniens versorgt worden. Auf den sehr verstreut liegenden deutschen Dörfern in der Dobrudscha herrsche darüber bei den sehr frommen Bauern, deren Väter im vorigen Jahrhundert aus Bessarabien hither gekommen sind, große Freude. Bei den Dobrudscha-Deutschen sind Pfarrer und Lehrer in jeder Beziehung Führer des Volkes.

Die deutsche Schule in Konstanza erfreut sich wieder bei allen Völkern des Landes des alten Ansehens, die Schülerzahl von 200 beweist dies. Pfarrer und Lehrer, die den Gast herzlich aufnehmen, klagen mir ihre Not, ein Lehrer fehle schon einige Zeit, da hat ich mich für die Zeit meines Aufenthalts als Aushilfs-Schulmeisterlein an. So zog ich denn allmorgendlich in die Klassen, die Kinder riesen freudig dem fremden Herrn Lehrer ihr „Gut Gott!“ entgegen und gaben sich offenbar Mühe, ihn zufriedenzustellen. Dafür erzählte er ihnen von Deutschland. Und sie wiederum sagten begeistert deutsche Lieber. In meinen Schulkindern konnte ich die verschiedenen Völker der Dobrudscha kennen lernen, Rumänen, Bulgaren, Tataren, Russen, Armenier, Griechen, Juden und Deutsche. Als ich wieder forsfuhr, kamen verschiedene Kinder, mir Lebewohl zu sagen, und ein kleiner Bulgarenjunge versäumte es nicht nach der Sitte seines Volkes mir die Hand zu küssen.

Sonntagmorgen in einem deutschen Dobrudscha-dorf. Der Pfarrer soll seine erste Predigt halten, lange genug waren die 6000 Dobrudscha-Deutschen hier ohne Pfarrer geblieben, der Krieg hatte ihn vertrieben. Auf dem Kantor hatte die ganze Zeit die Arbeit des Bibelverlesers und Lehrers gelegen. Die Glocken des kleinen Kirchleins läuten, die Bauern in schlichtem Schwarz, ihre Tellermäge erinnert noch an die Zeit in Bessarabien, die Frauen

mit schwarzen, die Mädchen mit weißen Kopftüchern, betreten ernst die Kirche. Neben dem kleinen Altar steht ein einziges Harmonium. Der Kantor berührt die Tasten, die Gebetsbücher öffnen sich. Nach dem Giede betritt der Pfarrer die Kanzel, er spricht von dem Krieg und seinen traurigen Folgen für das gesamte deutsche Volk und redet dann von dem deutschen Volk in Rumänien. Jetzt lebten die Deutschen in der einsamen Dobrudscha nicht mehr allein, verlassen, mit ihnen kämpfte und lebte für Volk und Glauben das deutsche Volk in Siebenbürgen, in der Bukowina, in Bessarabien.

Am Nachmittag besuchte der Pfarrer mit mir die einzelnen angesehenen Dörfer, sie erzählten von ihrem Kriegerleid, den heißen Kämpfen, die hier zwischen Rumänen und Bulgaren gelobt von dem emigen Wiederaufbau ihrer Dörfer, die sich jetzt endlich wieder erholt hätten. Sie baten den Pfarrer, sie recht oft zu besuchen und für eine Besserung des Schulwesens zu sorgen. Die Schule läge hier noch sehr danieder, der Lehrer sei mehr Bauer als Schulmeister. Und ich mußte ihnen von dem fernen o ten Vaterlande erzählen.

Als uns ein schlichter Bauernwagen aus dem einsamen Dorfe hinaus in die Dänen des Schwarzen Meeres trug, da dachte ich daran, wie wunderbar es sei, daß diese inselartig im fremden Völkergemisch lebenden Leute ihr Volkstum tren bewahren.

Die meisten der 6000 Dobrudscha-Deutschen stammen aus Bessarabien, in den achtziger Jahren zogen viele junge Leute hinüber in die Dobrudscha, wo sie noch billig Land erwerben konnten. In der südrussischen Heimat war der Grund und Boden teuer geworden und die Militär- und Steuerfreiheit der deutschen Anwohner von Alexander II. aufgehoben worden. Zu jener Zeit setzte eine beträchtliche Abwanderung aus den deutschen Kolonien der russischen Schwarzmeerküste ein. Viele gingen auch nach Amerika. In der Dobrudscha hatten sich schon Deutsche aus Galizien und der Bukowina angesiedelt, sie fielen in den katholischen deutschen Dobrudscha-Deutschen. Die Bessaraber evangelischen Glaubens legten ihre Kolonien nach dem Muster der Steppenbürger mit breiter Dorfstraße an, zu der quer die langen weißgetünchten Behmhäuser hinter kleinen weißen Mauern in Märien grün liegen. Mit Behm und Stroh bauen noch heute die Jungen ihre Anwesen auf, die deutschen Dörfer dehnen sich immer mehr aus, zumal die Bulgaren und Tataren auswandern. Und viel Brachland liegt frei, Rumänien ist überall, so im Banat oder in der Dobrudscha, ein reiches Land, und dort, wo die Deutschen sitzen, steht alles in Blüte, dank dem Fleiß und der Genügsamkeit der Bauern. Gegen neuen Zuzug aus dem Auslande stehen die neuen Gesetze Ausländer dürfen kein Land erwerben.

Kann eine „Evangelische Vereinigung“ unsere Kirche retten?

Unsere Kirche ist in Gefahr! Dieser Notruf erscholl seit geraumer Zeit von verschiedenen ernstdenkenden Gliedern unserer Kirche, die mit offenem Auge die Entwicklung der Dinge verfolgten. Zuletzt fand er seine Bestätigung durch den beamteten Führer unserer Kirche, den Herrn Generalsuperintendenten. Nach der Meinung desselben droht unserer Kirche eine dreifache Gefahr. Erstens, seitens der römisch-kath. Kirche, die, in den letzten Jahren bedeutend erstarkt, gegenüber dem Protestantismus eine angreifende Kampfesstellung eingenommen habe. Besonders wir Lutheraner Polens haben schon manches davon zu spüren bekommen. Neue Prüfungen stehen uns wahrscheinlich bevor. — Die zweite Gefahr rührt

seitens verschiedener Sektierer her, die, in die Gemeinden eingedrungen, diese verwirren und schwächen. Neuerdings machen sich Bestrebungen zur Gründung einer Freikirche geltend. Sollten sie verwirklicht werden, so würde dadurch der Kirche Abbruch getan werden. Hier liegt die zweite Gefahr vor. — Die dritte Gefahr besteht in der öökisch-gemischten Zusammenfassung unserer Kirche. Hoch gehen die Wogen nationaler Leidenschaften in der Gegenwart. Auch unsere Kirche ist davon nicht verschont geblieben. Gewisse Kreise wünschen eine Spaltung derselben nach nationalen Gesichtspunkten. Diese dritte Gefahr müsse vermieden werden. — Als bestes Mittel zur Bekämpfung der drei großen Gefahren müsse die Gründung einer „Evangelischen Vereinigung“ angesehen werden. Dieselbe, über das ganze Land verbreitet, wird wirksam imstande sein, durch Vorträge, Konzerte, Spielaufführungen, protestierende Versammlungen die Gemeinde der Gläubigen nach innen hin zu stärken, nach außen aber starken Rückhalt den Vorkämpfern für unsere Glaubensfreiheit zu gewähren. Es müsse etwas geschehen, damit wir aus der gegenwärtigen unhaltbaren Lage herauskommen. Die Gründung einer „Evangelischen Vereinigung“ sei da das beste Mittel. So weit der Herr Generalsuperintendent.

Treten wir den Ausführungen des Herrn Generalsuperintendenten näher. Es könnte auf den ersten Blick scheinen, als ob die „Evangelische Vereinigung“, welche vorgeschlagen wird, das eine große Allheilmittel zur Abwehr und Abhilfe darstelle. Ueberbrückung aller Gegensätze innerhalb unserer Kirche durch Pflege eines evangelisch angehauchten Vereinslebens, Mobilisierung aller lebendigen Kräfte innerhalb der Kirche zur Abwehr und Bekämpfung der äußeren und inneren Gefahren. Wollen wir aber keine bittere Enttäuschung erleben, so müssen wir genauer unter Zugrundelegung des Evangeliums und unserer eigenartigen kirchlichen Verhältnisse den oben skizzierten geschilderten Plan des Herrn Generalsuperintendenten prüfen. Glaubt man ernstlich durch polternde Protestversammlungen Rom bekämpfen zu können? Rom ist an äußeren Machtmitteln und prophaner Aufmachung ungleich stärker als wir. Wer auf diese Weise den Kampf aufnehmen will, der überschauet wohl zuvor seine und der Gegner Kräfte und Methoden. Oder glaubt man die Sektierer durch Vereinsbeschlüsse einschüchtern und beseitigen zu können? Letztere gelten doch nur für Vereinsmitglieder. Jeder, der seine Seligkeit sucht, wird bei einer bunt zusammengewürfelten Gesellschaft, wie es die „Evang. Vereinigung“ sein wird, nicht um Rat fragen. Oder soll das Leben dieser evangelischen Vereinigungen abschreckend auf etwaige Freikirchler wirken? Wie soll aber die dritte Gefahr, die Gefahr der nationalen Gegensätze innerhalb der Kirche bekämpft werden? Etwa, daß man sich an einen stilleren der Öffentlichkeit nicht so zugänglichen Ort entfernt und dort einander weiterbeißt und verleumdet, bis daß eine Seite kaltgestellt wird? O arme lutherische Kirche, die du zum Weiterleben solcher Mittelchen bedarfst! Wozu habt ihr, Luther und Herberger, Gerhardt und Huschke, Walther u. viele andere, gestritten und gekümpft, gekämpft und gesiegt? Euer Auftreten war nur Missetat, ihr, Väter der Kirche. Unsere Führer sagen uns doch, daß wir Lutheraner hier in Polen zu katholischen Mitteln, der Gründung eines vereinigten Ordens, greifen müssen, um unsere Kirche zu erhalten.

Gewiß, die Kirche ist in großer Gefahr. Gehen wir auf der bisherigen abschüssigen Bahn weiter, so ist unser Schicksal in einigen Jahren besiegelt. Die Gegenwart ist eine Prüfungszeit für evangelisches Christentum. Echtes Metall bewährt sich im Feuer. Gott läßt uns durch das Feuer gehen, um das Edle von den Schlocken zu sondern. In

den Todesqualen der baltischen Märtyrer, in der Hölle bolschewistischer Verfolgung, in den Drangsalen unserer Kolonisten seitens aufgeheilter Nachbarn soll sich die welt- und todesüberwindende Macht des durch das Evangelium Geretteten herrlich bewähren. Das ist der Sinn unserer gefährvollen Lage. Sie ermahnt uns zum Glauben, zur Treue. Die Gefahr liegt bei uns. Könnten wir sie selbst durch Vereinigungsgründungen Herr werden? — Nim mermehr! Das Uebel muß an seine Wurzel gefaßt werden. Mangelt es an lebendigem Glauben in unseren Reihen, fehlt klare Erkenntnis des Evangeliums unseren Gemeinden, so gilt es, durch Buß und Trostpredigt eine Scheidung der Geister beschleunigen zu helfen. Das ist aber Aufgabe der Kirche als Vereinigung von Gläubigen. Erklärt sich die Kirche dazu außerstande, so wird sie unkirchlich und erklärt ihren Bankrott. Der Rest der Gläubigen wird dann im Vertrauen auf die Kraft des Evangeliums den Kampf gegen alle Feinde des Reiches Gottes aufnehmen und den Ausgang desselben Gott anheimstellen. Lassen wir das Evangelium nicht im Stiche, es wird uns keinesfalls im Stiche lassen.

Unsere Kirche ist in Gefahr! In ihr, bei uns liegen die Fäulnisreger. Wachsen wir nicht, so sterben wir ab. In diesem Stadium befinden wir uns als Kirche. Die römische Gefahr ist gegenüber der eigenen nicht groß. Es ist nur allzumenschlich, den Teufel an die Wand zu malen, während er im Busen sitzt. — Bedrängen unsere Kirche hart die Sektierer, so ist das ein Menetekel für uns. Es muß da etwas nicht stimmen. Denn nur dort, wo die Seelen durch die bestehende Kirche religiös nicht befriedigt werden, fallen sie Sektierern in die Arme. Dieser kirchengeschichtlich erhärtete Satz gilt besonders uns. Jeder Sektierer bei uns ist ein Bußprediger für die Kirche. — Endlich ist auch das Hineintragen nationaler Leidenschaften in die Kirche ein durch aus unevangelisches Zeichen. Evangelium steht über Volkstum. Letzteres nur, wie alles in der Welt, dazu da, um Gott zu verherrlichen. Angehörige verschiedener Völker, im Glauben sind wir Brüder. Wo der Glaube lebendig ist, wird das nationale Problem von selbst gelöst. Während seines neunmonatigen Aufenthalts bei den Lutheranern Nord-Amerikas konnte Unterzeichneter es öfters erleben, wie diese und ähnliche Fragen durch den Geist Christi gelöst und alle Schwierigkeiten überwunden worden sind. — Eine evangelische Vereinigung zur Rettung unserer Kirche ist ein unevangelisches Gewächs. Die Spitze der Evangeliumswidrigkeit würde bei uns erreicht werden, wo die Vereinigung notgedrungen in den politischen Kampf eingreifen müßte. Eine weitere Verweltlichung der Kirche, deren rührigsten Glieder die Stützen der Vereinigung sein sollen, wäre die Folge davon. Das müßte aber volkends un'er Verderben werden. Darum muß die Vereinigung, weil sie sich „evangelisch“ nennt, weil sie mit weltlichen Mitteln eine Gesundung unserer Kirche bringen soll, abgelehnt und um des Evangeliums willen bekämpft werden. — Die bisherigen Versuche auf deutschlutherisch-protestantischem Gebiet, eine protestantische Partei als Gegengewicht gegen das katholische Zentrum zu begründen, sind bis in die neueste Zeit hinein gescheitert. Auch die Versuche, die brennenden sozialen Probleme durch die Kirche zu lösen, deren tüchtigster Verfechter ein Stoecker war, mußten, weil sie im Keime einen inneren Widerspruch enthielten, scheitern. Den „Lutherischen Bund“ und die „Allgemeine Lutherische Konferenz“ soll man aber nicht als Beispiel für die zu gründende „Evangelische Vereinigung“ anführen. Das bedeutet, diese Körperschaften und die dahinter stehenden Männer zu beleidigen.

Diese Organisationen befassen sich theoretisch mit ausschließlich kirchlich-theologischen Fragen und

bilden die Zusammenfassung der geistigen Kräfte einer theologischen Richtung.

Das ist der Adel der echten lutherischen Kirche, daß sie zu keinen fremden Hülfsmitteln bei Erhaltung ihres Lebens greift. Wo dies aber geschieht, bedeutet es einen inneren Widerspruch. Jedes Gewächs kann sich nur nach seinen eigenen Gesetzen entwickeln. Wesensfremde Elemente müssen zur Verkümmern desselben führen. Tut daher der Kirche keinen Schaden an, denn sie braucht keine äußeren Stützen, die ihr fremd sind. Zurück zum Evangelium als dem Quell alles Lebens! Dort sind die Mittel zur Gesundung unserer Kirche enthalten. Sie müssen an das Wesen der Kirche anknüpfen. Dann erst wird die Gesundung echt sein. Gott gebe uns klare Erkenntnis Seines Willens, schenke uns Kraft, dem Bösen zu widerstehen.

G. Schedler.

Lodz, den 17. Februar 1922.

Aus Welt und Heimat.

Generalsuperintendent Bursche berief für den 7. Februar nach Lodz eine Versammlung der Kirchenvorstände und Pastoren von Lodz und Umgebung. Es sollten die Satzungen der zu gründenden „Evangelischen Vereinigung“ zur Durchberatung gelangen, bei günstigen Umständen auch die Gründung selbst durchgeführt werden. Es war eine zahlreiche Zuhörerschaft erschienen, die sich entschieden gegen jegliche Gründung von Vereinen, gemäß dem Lutherischen Spruch: „Die Pfaffen sollen beien und nicht Politika treiben“ seitens unserer Geistlichkeit widersetzte. Alle Redner sprachen sich entschieden gegen die von hoher Kirchenstelle getriebene verderbliche Politik aus. Unverrichteter Sache brach der Generalsuperintendent die Sitzung ab. Die Versammelten verließen unter Absingung des Liedes „Ein feste Burg ist unser Gott“ den Saal.

Ueber die Deutschen in Argentinien berichtet Professor Rohrbach folgendes: Von drei deutschen Schulen, die es in Argentinien gibt, kann nur eine als deutsch gelten; die andern beiden haben als Unterrichtssprache Spanisch. Den Kindern ist Deutsch vollständig fremd. Dazu bemerkt Professor Rohrbach: „Es ist selbstverständlich, daß in einem Lande wie Argentinien der Landessprache ein breiter Raum in jeder Unterrichtsanstalt gebührt und daß, wer dort lebt und die Vorteile davon genießt, nicht nur mit dem Spanischen als Sprache und als geistiger Faktor, sondern auch mit der einheimischen Geschichte, Erdkunde, Verfassung und Kultur bekannt sein muß. Eigentümlich und vom deutschen Standpunkt bedauerlich ist dabei nur, daß innerhalb der deutschen Kreise in Argentinien das deutsche Haus, die deutsche Familie oft keinen deutscherhaltenden Einfluß auf die Kinder ausüben. Die Kinder lernen im Umgang mit Altersgenossen und Diensthofen Spanisch, das ihnen bequemer fällt, als das Deutsche; sie sangen an, auch im Hause und mit den Eltern Spanisch statt Deutsch zu sprechen und sie finden dabei keinen aus dem Bewußtsein des deutschen Eigenwertes im Elternhause fließenden Widerstand. Nur in wirklich gebildeten Häusern wird das Deutsche als Familiensprache mit Bewußtsein erhalten und gepflegt. Ich habe gebildete Familien erlebt, die deutsch-argentinisch schon in der zweiten, in der dritten Generation sind, und in denen dennoch tadelloser Deutsch von jung und alt gesprochen wird; ich habe aber auch gesehen, wie Kinder von Eltern, die beide aus Deutschland stammten, einfach kein Deutsch konnten, weil Vater und Mutter gleichgültig dagegen waren. Der Wohlstand entscheidet dabei gar nicht, sondern Bildung und Bildungsbedürfnis; dazu die Tradition von Men-

ischen aus gutem, altem Hause. Die Gleichgültigkeit, der gedankenlos materialistische Standpunkt gegenüber der Muttersprache, ihrem Geist und ihren Schätzen, denen man in vielen deutschen Familien in Südamerika begegnet, ist die vornehmste Ursache dafür, daß an so vielen Stellen, wo sich noch Deutschbewußtsein und deutsches Leben finden könnte, diese Güter im Absterben sind. Dieser Materialismus ist gleichbedeutend mit innerer Unbildung. Ein Gegengewicht könnte im festen, erbten Nationalgefühl gefunden werden, aber gerade was die inneren deutschen Werte anhebt, ist dieses in weiten, selbst wohlhabend gewordenen deutsch-südamerikanischen Kreisen gar zu schwach, weil es an Ueberlieferung fehlt. In dieser Beziehung, sagt man mir, würde ich es in Chile auf der Südreise besser finden, zu der ich mich nun aufmache."

Aus den Deutschen Kolonien Südrusslands. Die „Deutsche Post“ aus dem Osten bringt einen Brief aus dem Nikopoler Bezirk folgenden Inhalts: „In unserem Suchen und Tasten nach Hilfe aus der schrecklichen Hungersnot, die unsern Nikopoler Rapon betroffen hat, fanden wir in der Kanzlei des Saporoscher Verbandes Südrussischer Kolonisten und Bürger Germanischer Abstammung in Prischib Ihr werthes Schreiben vom 17. Oktober 1921 an den Vorstand genannten Verbandes, in welchem Ihr Hilfswerk allen bedürftigen Kolonisten in der Ukraine Brothilfe in Aussicht stellt, was aus den Worten Ihres Schreibens: „Teilen Sie, bitte, allen andern deutschen Verbänden unsere Adresse mit; sie möchten gleichfalls berichten, wie es ihnen geht, welche Bedürfnisse und Wünsche sie haben. Wir müssen zusammen arbeiten, zusammen halten, dann können wir etwas erreichen“, zu ersehen ist. Als wir den Inhalt dieses Briefes hörten, schien die Freude anfänglich sehr groß zu sein, leider war diese Freude nicht von Dauer, denn unsere Leute sind schon so sehr ungeduldig und apathisch geworden, daß sie an eine reelle Hilfe gar nicht mehr glauben wollen, oder daß überhaupt eine solche vom Auslande noch zeitig kommen könnte. Es ist auch kein Wunder, denn wenn man sich unter den verzweifeltsten Geschöpfen befindet, und in Wirklichkeit die Knochengestalten darben, die hungernden Kinder dahinsiechen sieht, deren viele schon gestorben sind und viele, viele den Frühling nicht mehr erleben werden, und die überall nach Hilfe suchten und sie nicht finden konnten, dann wird es einem klar, wie Menschen zu solcher Apathie, solcher Verzweiflung kommen können. Es ist schrecklich! Und so gestimmt ist die größte Mehrheit, schon ganze Dörfer, wie Eigengrund, Heuboden, Christosorowka, in denen die Bevölkering schon bei drei bis vier Monaten gänzlich ohne Brot sitzt. Nähmaschinen, Milchseparatoren, landwirtschaftliche Geräte, die letzten Kleidungsstücke wurden schon im Spätsommer verkauft, Rindvieh, Hühner abgeschlachtet; schon kommen die abgezehrten Pferde an die Reihe und steigen täglich im Preise. Kurai (eine Art von Unkraut) wird gedroschen und zu Mehl gemahlen; Oelkuchen werden als Brot verwendet — aber wie lange reicht das? Und dann? Ja, dann kommt der Schreckenstod, wo die Mutter ihr Kind dahinsiechen sieht und ihm nicht helfen kann und endlich selbst eine Beute des Hungertodes wird. Einzelne Familien sind durch Umkauf von Kleidungsstücken und anderen Erzeugnissen auf den Märkten noch imstande, sich in beschränktem Maße das Nötigste für den Lebensunterhalt aufzubringen. Doch solche, die das tägliche Brot im Hause hätten oder womöglich zum Frühling auch noch Saat erübrigen könnten, gibt es überhaupt nicht. Wenn also keine Brothilfe zu erlangen ist, so sind wir alle ein ganz sicheres Opfer des Hungertodes, der eine früher, der andere später."

Im Sejm gelangte das Gesetz über die Volksschulen zur Annahme. Bei der zweiten Lesung wollte der Abgeordnete Piotrowski (von der Christlich Nationalen Partei) eine Verbesserung einbringen, gemäß der in den vom polnischen Staate erhaltenen Volksschulen nur die polnische Sprache als Unterrichtssprache in Betracht kommen kann. Danach müßten den Deutschen, Juden, Ukrainern, Weißrussen die Volksschulen, in denen der Unterricht in der Muttersprache geführt wird, einfach genommen werden. Der Vorschlag des Abgeordneten Piotrowski gelangte zur Abstimmung. Mit Stimmenmehrheit (131 Stimmen waren für den Unterricht in der Muttersprache, 59 — dagegen) wurde die Verbesserung zum Artikel 1 abgelehnt. Gott sei Dank, die Vernunft siegte mal über den Stumpfsinn, denn anders läßt sich die Denkungsart dieser Feinde des Fortschrittes nicht benennen.

Deutschbaltische Blutzugehörigen des Christentums. Während der Schreckensherrschaft der lettischen Bolschewisten im Anfang des Jahres 1919 wurden im Baltikum 32 evangelische Geistliche ermordet. In Riga wurde diesen Märtyrern vor einigen Tagen ein schlichter Gedenkstein gesetzt, der ihre Namen und Bibelworte trägt. Weiter sind die Namen von acht anderen ermordeten Personen aufgeführt, die als treue Bekenner ihres Glaubens hingschlagen wurden. — Eines der vielen düsteren Kapitel aus der Leidensgeschichte der baltischen Deutschen im letzten Jahrzehnt.

Der Weltkrieg hat in vielen Ländern auf das deutsche geistige Leben verschiedentlich eingewirkt. In Europa ist allgemein genommen, ein vielfach regeres Leben eingetreten, hingegen in Nordamerika haben die Deutschen infolge der Kriegsverletzung viel gelitten. Es sind dort von 35 täglich erscheinenden Zeitschriften 13 eingezogen. Von den annähernd 500 deutschen Wochenblättern besteht heute kaum die Hälfte.

Der Hunger in der Ukraine. Der Chersoner Kreis wurde als Hungergebiet anerkannt. In 20 Woiwodschaften hungern an die 100.000 Menschen. In Cherson selbst sterben täglich bis zu 50 Menschen. Das Saporoscher Gouvernement, das ehemals Millionen von Pud Getreide ausfuhrte, hungert jetzt, wobei das Elend viel schrecklicher ist als im Wolgagebiet. Im Gouvernement Jekaterinoslaw wird mit 44.000 hungernden Kindern gerechnet. Wenn nicht bald Hilfe kommt, ist mindestens die Hälfte dem Hungertode verfallen. Bis jetzt wurden 118 Todesfälle durch Hunger registriert. Im Odessaer Gouvernement gibt es auch zahlreiche Hungertodesfälle.

Der einzige Bruder des Zaren, der Großfürst Michael Alexandrowitsch, ist ebenfalls von den Bolschewisten ermordet worden, wie die Moskauer Zeitung der Kommunistischen Partei „Trud“ in ihrer letzten Nummer veröffentlicht. Die Ermordung geschah in Perm 1918, Mitte Juli.

In Moskau werden in den Verkaufsläden bereits polnische Waren feilgeboten. So sind in den Schaufenstern ausgestellt: Knöpfe der Tschenschoauer Fabrik, Schokolade der Firma Wedel, Lodzer Tuche, Warschauer Schuhwaren u. s. w. Eine Tafel Schokolade kostet bis 50 Tausend Sowjetrubel, ein Stückchen Seife — bis 35 Tausend, Stiefel — bis 2½ Millionen.

Polnische Fischereierträge. Nach der Angabe des Fischereiministers des Ministeriums in Posen beträgt der Ertrag der polnischen Ostseefischerei für die 12 Monate von Anfang November 1920 bis Ende Oktober 1921 auf 134 Mill. Kilogramm im Werte von 31 Mill. polnische Mark. Die Fischereierträge haben in den einzelnen Monaten sehr stark geschwankt.

Ueber künstlichen Dünger wird die Landwirtschaft in diesem Jahre kaum verfügen. Diese traurige Nachricht bringt der „Kurier Polski“. Dies geschah durch eine gewisse Fahrlässigkeit seitens des Ministeriums der Finanzen, das zur bestimmten Zeit im Auslande die Bestellung zu machen vergaß, was der Landwirtschaft einen Milliarden Schaden bereiten kann.

Der Versand von Saatgut mittels der Eisenbahn in der Zeit vom 1. März bis zum 15. Mai und vom 1. August bis zum 20. September kann bei ermäßigten Beförderungskosten geschehen. Das Saatgut kann mit Personenzügen als Gepäck abgegeben werden. Die Menge darf nicht 300 Kilogramm für Getreide und 100 Kilogramm für Gras- und Kleesamen übersteigen. Diese Verordnung kommt vor allem für diejenigen Landleute in Betracht, die eine Bestellung von Saatgut aus größeren Städten, wo sich Handlungen mit Samereien befinden, machen wollen.

Wenn die Ostsee zufriert. Der ungewöhnlich lange, heftige Frost, der bisher herrschte, hat auch der Ostsee einen richtigen Winter gebracht; sie ist im Laufe der vorvergangenen Woche auf weite Strecken vereist. Infolgedessen sind an einer ganzen Anzahl von Stellen Dampfer eingefroren, die nun auf milderes Wetter warten müssen. Die Ostsee vereist naturgemäß in ihren nördlichen Teilen, besonders im Nordosten, stets zuerst. Der Bottnische, der Finnische und der Rigasche Meerbusen sind schon oft völlig zugefroren gewesen, so daß man von Schweden übers Eis nach Finnland und den baltischen Ländern gelangen konnte. 1459 wurde sogar eine regelmäßige Schlittenverbindung über die Ostsee zwischen Schweden und Lissabon eingerichtet, ebenso mit Finnland. Der Vereisung fallen auch die dänischen Ostseegebiete stets mit am frühesten anheim. Im Februar 1917 waren im Kattegat gegen 230 Dampfer eingefroren. Jetzt eben sitzen dort wieder eine Anzahl Dampfer fest. Im Winter 1408 kamen zahlreiche Wölfe aus Norwegen über das Eis des Skagerraks und fielen in Jütland ein. 1658 führte Karl X. von Jütland eine Heeresmacht von 12.000 Mann mit Pferden, Munition und Troß über die Belte, um Kopenhagen zu belagern.

Die südliche Ostsee, welche die deutschen Küsten bespült, ist auch schon gar manches Mal zugefroren gewesen. 1323 herrschte solche Kälte, daß man von Kopenhagen nach Danzig zu Fuß über die Ostsee gehen konnte. 1545 entwickelte sich ein reger Schlittenverkehr zwischen Mecklenburg und Dänemark. Die Küstengewässer frieren natürlich weit eher zu als die offene See, was gilt für alle Häfen und Mündungsarme. Die dänische Felseninsel Bornholm hat schon viele Male feste Verbindung mit Schweden gehabt, ebenso Gotland. Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Nordsee. Sogar Helgoland ist schon manches Mal von Cuxhaven aus zu Fuß übers Eis besucht worden.

Die Lodzer Fabriken haben im Jahre 1921 an 5000 Waggons Baumwolle und Schafswolle zur Verarbeitung erhalten, was ein Gewinn von 2½ Millionen Pud Baumwolle und 700.000 Pud Wolle darstellte.

Polens Bevölkerung. Nach der Volkszählung vom 30. September 1921 leben in der ganzen Republik Polen 25.496.103 Menschen. Davon entfallen auf das ehemalige Kongarenpolen 11.221.209, die Woiwodschaften Posen und Pommerellen 2.912.283, auf Galizien 7.464.367, auf das Teschener Gebiet 1.453.411, auf die drei baltischen Woiwodschaften 3.662.963 Einwohner. Als durchschnittliche Dichte der Bevölkerung ergibt sich für die ganze Republik (deren Flächeninhalt mit 365.217 Quadratkilometer angegeben wird) 70 Menschen auf einen Quadratkilometer, für das ehemalige Kongarenpolen (128.473 Quadratkilometer) 87, für die Woiwodschaften

hofen Posen und Pommerellen (42 910 Quadrat-Kilometer) 68, für Galizien (79 680) 91, für Teschen (1002) 145, für die östlichen Wojewodschaften (113 752) 32. Der am dichtesten besiedelte Teil Polens, ist also das Teschener Gebiet, der am wenigsten dicht besiedelte das östliche Grenzgebiet. Die meist bevölkerten Städte sind Warschau mit 931 000 Einwohner, Lodz 452 000, Bemberg (?) 182 000, Posen 170 000, Lublin 100 000, Sosnowice 86 000. Die deutsche Bevölkerung bildet in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen 18,8 v. H. der Gesamtbevölkerung, und zwar in der Wojewodschaft Posen 17,8 v. H. in Pommerellen 20,9 v. H. Die größte Zahl deutscher Einwohner hat unter den Kreisen der Wojewodschaft Posen der Kreis Kolmar (48 v. H.), unter den Kreisen der Wojewodschaft Pommerellen der Kreis Bempelburg (48,8 v. H.).

Kolonisierung der Ostgebiete. Das Kommando des Korpsbezirks 4 teilt uns mit: Im laufenden Jahre wird für ehemalige Heeresangehörige aller Berufe (Ärzte, Volksschullehrer, Rechtsanwälte, Ingenieure, Kaufleute, Handwerker, Eisenbahner und dergl.), die sich während des Dienstes gewisse Verdienste erworben haben und in den Städten und Städtchen der Grenzgebiete im Osten ihren ständigen Wohnsitz aufschlagen werden, eine gewisse Anzahl von an die Stadt grenzenden Landstücken bereitgestellt. Diese befinden sich in einem Umkreis von 3 Kilometer von der Stadt und haben einen Flächenumfang von 1/2 bis 6 Hektar. Es ist Aussicht vorhanden, für die Bewerber eine Bausubvention sowie Erleichterungen in der Kreditgewährung für die Inbetriebnahme der Wirtschaften zu erlangen. Das Referat für Soldatenanstellungen (Referat Ost Polnisch) bei dem Kommando des Korpsbezirks Nr. 4 (Aleje Krasiński 67) schreitet zur Anfertigung protokollarischer Bewerberlisten für die erwähnten Landstücke und nimmt diesbezügliche Anmeldungen entgegen. Nähere Auskünfte über das Verfahren bei der Landzuteilung sowie das ausführliche Verzeichnis der in Betracht kommenden Ortschaften werden den interessierten Personen zur Kenntnis gebracht werden.

Ueber den Fahnen Eid. sollen, wie der „Byegl. Wicej.“ erfährt, demnächst neue Bestimmungen ergehen. Der Fahnen Eid soll nur einmal geleistet werden und zwar erst dann, wenn der Rekrut in eine bestimmte Abteilung eingereiht ist. Der Eid kann, falls der Rekrut die polnische Sprache nicht beherrscht, auch in anderen Sprachen geleistet werden, und zwar sind freigegeben auf Grund der Verfügung des Kriegsministeriums Deutsch, Russisch, Ukrainisch und Tschechisch. Der Wortlaut des Fahnen Eides soll ebenfalls für das ganze Heer einheitlich festgelegt werden.

Briefe nach Russland. Die russisch-ukrainische Reparationskommission in Warschau, Smienna 31, nimmt gegenwärtig Briefe gegen eine Bezahlung von 25 Mark und eingeschriebene Briefe gegen eine Bezahlung von 100 Mark zur weiteren Beförderung nach Russland an.

Die Tage nehmen zu! Am 1. Januar betrug die Tageslänge nur 7 Stunden 51 Min., am 11. Januar 8 Stunden 12 Min., am 21. Januar 8 Stunden 43 Min. und jetzt bereits 2 Stunden 8 Min. Die Sonne geht jetzt noch unserer Zeit 8 Uhr 40 Min. auf und 5 Uhr 48 Min. unter (am 1. Januar 7 Uhr 6 Min. und 5 Uhr 1 Min.). Am 1. März wird der Sonnenaufgang 7 Uhr 48 Min., der Sonnenuntergang 6 Uhr 58 Min. stattfinden.

Nur Auswanderung nach Kanada. Wie die „Gaz. Warsz.“ meldet, werden Auswanderer nach Kanada nicht hineingelassen, auf deren Paß

es Vermerk steht: „Berechtigt nicht zur Ausreise.“ Die Vereinigten Staaten von Amerika dagegen machten in dieser Beziehung keine Schwierigkeiten.

Chelm. Von der evangelischen Gemeinde. Die Gemeinde Chelm (Kamien) wurde zum zweitenmal für vakant erklärt. Am 1. Februar fand eine Gemeindevorversammlung statt, in der beschlossen wurde dem Pastor ein Monatsgehalt von 50 000 anzuerkennen. Ferner steht ihm die Nutzung von 25 Morgen Ackerland, das Abendmahlsgeld sowie das Konfirmationsgeld zu. Bisher wurde die Gemeinde von Herrn Pastor Bergmann administriert.

Auf der Warschauer Getreidebörse zahlte man am 17. Februar für einen metrischen Zentner (100 Kilogramm = 6 Pud), Roggen (mit Zuteilung zur Verladestation) 9250, Weizen — 15 000; sonst war der Markt schwach beschickt. Plötzlich stellte sich am Nachmittag ein gewaltiger Preissturz für sämtliches Brotgetreide ein, lange es andauerte, ist vorderhand schwer zu sagen.

Die ausländischen Geldwährungen unterlagen im Laufe der vergangenen Woche einer kleinen Erhöhung, was allgemein mit der Belebung der Industrie zusammenhängt; so zahlte man am:

	14. 2.	16. 2.	18. 2.
1 Dollar	3445 Mk.	3555 Mk.	3575 Mk.
1 Pf. Sterling	15400	15850	15885
1 franz. Frank	301	315	318
1 deutsche Mark	17	18	17

Millionwka. Bei der Ziehung am 18. Februar fiel der Gewinn auf Nr. 2486758, welches Los in Warschau verkauft wurde.

Spenden.

Für die notleidenden Wolga-Deutschen: Durch Herrn H. Pyde in Zgorze 7400 Mk. Gespendet haben die Herren: J. Pyde 1000 Mk., H. Pyde 1000, T. Bloch 500, M. Ferd 100, Em. Noerenberg 1000, E. Schade 100, A. Sommerfeld 100, E. Pubanc 200, Ed. Zippel 100, D. Kunth 100, G. Sommerfeld 400, W. Zimmer 50, S. Kauh 400, Ed. Wendland 100, K. Zippel 50, J. Giller 1000, Ed. Noerenberg 100, A. Wendland 100, E. Burghard 100.

Wochenschau.

Inland. Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf haben am 14. Februar wirklich begonnen. Den Vorsitz führt Präsident Calonder, der auch die Tagesordnung festsetzte. Es wurde eine besondere Kommission zur Festlegung des Wortlautes der Beschlüsse gebildet. Am 15. Februar hatte die Kommission für den Minderheiten-Schutz ihre erste Sitzung, bei der das Mitglied des Sekretariats des Völkerbundes Kolban die Einzelheiten des Planes für den Schutz der Sprache in Schulen und Kirche vorlegte.

Der polnisch-französische Handelsvertrag, über dessen Zustandekommen und Inkrafttreten wir in unserer letzten Nummer berichteten, wird von den Blättern verschieden beurteilt. Mehrere Zeitungen behaupten mit Recht, daß die Hauptvorteile daran nur Frankreich habe. Es bekomme von uns wertvolle Rohstoffe, Kohlen und Naphtha und bietet uns dafür nur seine Liköre und Luxusartikel, ohne die wir uns ganz gut begeben können. Die französischen Zeitungen dagegen rechnen uns vor, was sie für uns vorausgesehen haben im Kriege mit den Bolschewiken, im Kampfe um Wilna, zur Ausrüstung der Hallerschen Armee, für Lieferung von Kriegsmaterial usw. Die Freundschaft der Völker untereinander ist also wenig idealer Natur, sie will eine materielle Grundlage haben, man will mehr nehmen als geben. Wahre Freundschaft fragt bekanntlich nicht nach Vorteil oder Schaden, wahre Freundschaft ist

selbstlos, die französische aber ist durch und durch selbstsüchtig.

Die Danziger deutsche Presse beschäftigt sich ebenfalls mit diesem Verträge. Sie nennt ihn eine wirtschaftliche Mauer, die den Deutschen den Zutritt nach dem Osten versperrt. Frankreich wünsche mit Hilfe des polnischen Zolltarifs den Deutschen die Konkurrenz im Osten unmöglich zu machen.

Gegen unsern energischen Finanzminister Michalski wurde in der vorvergangenen Woche Sturm gelaufen. Michalski will endlich Ernst machen mit der Gesundung unserer Finanzen. In erster Linie will er, wie ein richtiger Geschäftsmann, die Ausgaben einschränken und die Einnahmen vermehren. Das ist die wichtigste Grundlage eines jeden Haushaltes. Zu diesem Zwecke will er das Hauptlandschaftsamt, das Hauptliquidationsamt und das „Geschäftsbüro“ mit einem nicht einverstanden, sie verlangen eine Ermäßigung der Danina für sich (für die Großgrundbesitzer), keine Einführung des Tabakmonopols und hoffen durch den Sturz des Ministeriums Ponikowski einige Ministerposten zu erhalten. Fünf Minister hatten schon ihr Rücktrittsgesuch eingereicht. Nach neueren Nachrichten aber hat Michalski gesiegt, und die Minister bleiben im Amte. Es wäre auch ein zu großer Fehler, wenn man den fähigsten aller bisherigen Finanzminister zum Rücktritt zwingen wollte persönlicher Vorteile wegen. Wo bleibt da der so oft belobte Patriotismus der Herren Nationaldemokraten? Es ist aber etwas anderes, von einer Vaterlandsliebe zu reden und dieselbe durch die Tat, durch einige Opfer zu beweisen.

Es ist eine allgemein anerkannte Wahrheit, daß die Schule die Grundlage für die Wohlfahrt eines Volkes, eines Staates bildet. Die Teilgebiete, die vor dem Kriege die besten Schulen hatten, stehen in wirtschaftlicher und jeder andern Hinsicht am höchsten, so z. B. in den früher preussischen Gebieten. Am schlechtesten stehen wir da im ehemaligen Kongresspolen, das früher zu Rußland gehörte. Unser Unterrichtsministerium arbeitet daher mit aller Kraft an der Hebung der Schulbildung, durch die alle körperlichen und geistigen Kräfte geweckt und zur vollen Entwicklung gebracht werden sollen. Wo es möglich war, wurde schon der Schulzwang eingeführt, so z. B. bei uns in Lodz. An vielen Orten aber, darunter auch in der Hauptstadt Warschau sieht es in dieser Hinsicht recht traurig aus. In Warschau fehlt es an Schulräumen, so daß nur etwa die Hälfte der schulpflichtigen Kinder eine Schule besuchen können. Was aber Analphabeten (des Schreibens und Lesens Unkundige) leisten können, kann jeder Einsichtige ohne weiteres beurteilen.

Gegen eine Verordnung aber einiger Schulbehörden müssen wir ganz energisch protestieren. Man verlangte von den evangelischen Religionslehrern an Mittelschulen, sie sollten den Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilen. Welchen Lärm haben unsere Polen erhoben, als seinerzeit Preußen einige Kinder in Wreschen bestrafte, als diese nicht deutsch beten wollten! Und jetzt macht man es den verhassten preussischen „Hokaltisten“ nach. Zuerst der Bund der Deutschen Polens und dann auch nach ihm das Konsistorium ist deswegen beim Unterrichtsministerium vorstellig geworden. Ob sie damit Erfolg haben werden, bleibt abzuwarten. Jedenfalls werden unsere deutschen Abgeordneten sich dieser Angelegenheit mit aller Wärme und Entschiedenheit annahmen.

Zwecks Aufbesserung unserer Finanzen will Minister Michalski eine Anleihe im Auslande machen und sandte den nationaldemokratischen Abgeordneten Radziszewski nach Paris

und Brüssel, um die vor einiger Zeit gescheiterten Verhandlungen über eine Anleihe für Polen wieder aufzunehmen.

In unserer evangelischen Kirche ist immer noch kein Friede. Die Gegensätze zwischen dem Generalsuperintendenten Bursche und den Gemeindegliedern verschärfen sich immer mehr. Am 7. Februar war der Generalsuperintendent in Łódź und wollte hier eine „evangelische Vereinigung“ zur Abwehr gegen römische Angriffe gründen. Dabei kam das Mißtrauen gegen unsren Oberhirten recht stark zum Ausdruck, die Gründung einer besonderen ev. Vereinigung wurde als nicht notwendig abgelehnt, da doch die ev. Kirche selber solch eine Vereinigung bildet. Nun will der Generalsuperintendent, wie wir hören, diese Gründung mit Hilfe der ihm ergebenden Pastoren und einiger Anhänger doch zustande bringen. In unserem heutigen Feuilleton finden die Leser unsere An-

Deutschland. In den letzten Tagen wurden bezüglich einer Autonomie für Deutsch-Oberschlesien Verhandlungen gepflogen, die nach Berichten deutscher Blätter zu einem günstigen Ergebnis geführt haben. Das preußische Ministerium hat in dieser Angelegenheit seinen Widerstand aufgegeben, es handelt sich nur noch um den Termin der Autonomieerklärung.

Rußland. Polnischen Blättern wird berichtet, daß an der polnisch-ukrainischen Grenze sich drohende Vorfälle ereignen. Die Roten mobilisieren. Trotzdem ist die Stimmung der Rotgardisten gedrückt, da sie hungrig und barfuß sind und die Bevölkerung sich ihnen gegenüber außerordentlich feindselig verhält. Nach Gerüchten sollen in Moskau und Charkow wichtige militärische Beschlüsse gefaßt worden sein.

Andererseits sollen die Ukrainer in den Kämpfen mit den Sowjettruppen Erfolge gehabt haben.

In den russischen Hungergebieten sind im ganzen 200000 Kinder vor Hunger gestorben. Jedes einzige dieser 200000 verhungerten Kinder ist eine furchtbare Anklage gegen die „Verwaltungstätigkeit“ der Sowjetregierung, daß in jedem andern Lande diese Gesellschaft der rasenden Empörung des Volkes längst zum Opfer gefallen wäre.

Solche Zustände auch in andern Ländern herbeizuführen ist bekanntlich das Bemühen der Kommunisten.

Im Gouvernement Sfaratow ist die Hungerkatastrophe besonders groß. Alle Vorräte, Strohdächer, Hunde, Katzen und Ratten sind längst aufgezehrt. Es meißt sich Raub und Mord. Man stiehlt Kinder und schlachtet sie. In der Nacht werden die Leichen der Verstorbenen ausgegraben, um als Nahrung zu dienen. So etwas ist gewiß noch nicht dagewesen, solange die Welt steht.

Die Mutter des letzten russischen Zaren Maria Feodorowna, ist am 15. Februar in Nizza in Südfrankreich im Alter von 76 Jahren gestorben. Diese Frau war mit eine der Hauptschuldigen am letzten Kriege. Sie war eine dänische Prinzessin und hat die Feindschaft gegen Deutschland wegen der Niederlage Dänemarks im Kriege gegen Preußen (1864) nach Rußland übertragen. Die Regierung ihres Gemahls, des Kaisers Alexander III., war für Rußland geradezu ein Unglück. Und daran war sie mit schuld.

Italien. Die Krönung des neugewählten Papstes Pius XI. hat in Rom in feierlicher Weise stattgefunden.

Die Wirtschaftskonferenz in Genua soll auf Betreiben Frankreichs wirklich zum April verlagert worden sein. Bis jetzt hat Frankreich seinen Willen stets noch durchgesetzt.

England. Die Unruhen in Ulster und Indien dauern immer noch an, sind aber schon im Abflauen begriffen.

In Litauen ist eine Kabinettskrise ausgebrochen, ebenso in China. Die Ruhe nach dem großen Sturm kehrt also allmählich langsam wieder.

Vermischtes.

Ein Blick in die Zukunft. Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht folgende Prophezeiungen, die ein Herr Max Kemmerich in einem Vortrage zusammengestellt hat. Etwa 1922: Neues Zarentum in Rußland, Pogrome und Auswanderung der Ostjuden nach Deutschland, amerikanisch-japanischer Weltkrieg. Etwa 1923: Beginn der kritischen Phase der deutschen Revolution von den Rechtsparteien „entfesselter blutiger Bürgerkrieg“, neue Monarchie in Deutschland, Zerfall des Reiches. Etwa 1924: Wenn sich das Chaos im wesentlichen ausgetobt hat, Austreten eines deutschen Cromwell oder Napoleon aus den Reihen der Linken, deutscher Einheitsstaat. Etwa 1927: Einrichtung des 1923 auf den Thron gekommenen neuen deutschen Monarchen. Etwa 1931: Beginn einer neuen Blüteperiode und europäischer Vormachtstellung Deutschlands, wahrscheinlich Selbstkrönung des deutschen Cromwell oder Napoleon. Etwa 1937: Ende der deutschen Revolution, Monarchie nach englischem Muster, deutscher Föderativstaat. Etwa 2218: Beginn der christlichen Revolution.

Eine neue Telefon-Erfindung. Auf eigenartige Weise wurde kürzlich in London eine neue Verbesserung im Telephonbetrieb der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht. Der Minister Churchill hielt in einem privaten Klub im Hotel Victoria eine Rede, die ihm nach langer Zeit im Vorlaut vorgelegt wurde, obwohl niemand im Saal irgendwelche Aufzeichnungen gemacht hatte. Das Rätsel löste sich folgendermaßen auf: In einem Blumenbuket vor dem Plaze des Ministers war ein kleines Mikrophon versteckt worden, von welchem ein vorhergehender Draht nach einem anderen Raum des Hotels führte. Dort war eine Anzahl Personen als Zeugen versammelt, die ohne Zuhilfenahme eines Hörers von einem auf dem Tisch stehenden zweiten Mikrophon nicht nur jedes Wort des Ministers, sondern auch die kleinsten Nebengeräusche so deutlich vernahmen, als ob sie sich selbst in dem betreffenden Raum befänden. Dieser verbesserte Apparat ist eine Erfindung des jungen Technikers G. Gurley. Die Verbesserung soll an jedem Apparat mit geringen Kosten angebracht werden können.

Der neue Methusalem. Die „Verjüngungskur“, von deren Möglichkeit man auf Grund der Forschungen von Prof. Steinhilber in letzter Zeit viel gesprochen hat, wird von einem Mitarbeiter der Revue Mondiale in einem Artikel behandelt, und dabei wird ein ganz ungewöhnlicher Fall von Unsterblichkeit aus unseren Tagen erwähnt. Der Amerikaner John Schell hat im vorigen Jahre seinen 131. Geburtstag gefeiert. Der neue Methusalem wohnt in Grassy Creek im Staate Kentucky. Erst als er 130 Jahre alt wurde, fragte er an, sich über die Möglichkeit, daß er nächstens hinscheiden könnte, Gedanken zu machen, und er wollte eine Lebensversicherung aufnehmen, er hatte jedoch damit keinen Erfolg, denn die amerikanischen Versicherungsgeellschaften nahmen keine Personen

auf, die über 105 Jahre alt sind. Die einzelnen Daten seines Lebens, die von verschiedenen Zeitungen in den Vereinigten Staaten genau nachgeprüft sind, können nicht angezweifelt werden. Schell ist im Jahre 1788 geboren und heiratete mit 19 Jahren seine erste Frau, mit der er etwa 80 Jahre zusammenlebte. Er hatte 29 Kinder, von denen eins noch lebt und nun auch schon 100 Jahre alt ist. Die Gesamtzahl seiner Kinder und deren Nachkommen bis zur fünften Generation erreicht bereits etwa 200. Mit 124 Jahren heiratete Schell noch einmal, und aus dieser Ehe hat er, wie berichtet wird, einen Sohn, der jetzt 6 Jahre alt ist. Er trägt seine 131 Lebensjahre mit bester Laune, kann noch ausgezeichnet sehen und hat sich überhaupt über keinerlei Schwäche zu beklagen. Er reitet sogar noch, und zwar bis zu 30 Kilometern an einem Tag. Auch sein Geist ist völlig klar, und als er an seinem 130. Geburtstag eine Festschilde hielt, waren alle Zuhörer über seine Verehrbarkeit und die Klarheit seiner Gedanken ganz erstaunt. — Hoffentlich stimmt auch alles!

Ein Sarg für 40 Millionen. Die Prinzessin von Braganza und Herzogin von Oporto, die Witwe des Prinzen von Braganza des Bruders des verstorbenen Königs Carlos von Portugal, ist in Neapel eingetroffen und bringt einen aus Silber und Bronze gearbeiteten Sarg mit, der einen Wert von einer halben Million Dollar besitzt, also eine Summe gekostet hat, die nach dem heutigen Wertstande mindestens 40 Millionen Mark betragen würde. Die Leiche des Prinzen, die seit Februar 1920 in einer Krypta zu Neapel liegt, soll in diesem Sarg nach Lissabon gebracht werden, um dort ihre feierliche Beisetzung zu finden. „Ich konnte in Europa keinen Sarg finden, der mir schön genug erschien“, erklärte die Prinzessin, „ich habe ihn daher in den Vereinigten Staaten anfertigen lassen.“ Die Dame, die sich die Beisetzung ihres verstorbenen Gatten so viel kosten läßt, blieb früher Mrs. Philip von Wallenburg und war, bevor sie den Prinzen heiratete, allgemein als die „Dollarmillionärs Witwe“ bekannt.

Druck: Verlagsgesellschaft „Łódzkiej Freie Presse“
m. b. H. Petrikauer Straße 86.

Zeit

Ist es, daß Ihr Landwirte jetzt
Landwirtschaftliche Maschinen
u. Kunstdünger (Superphosphat)
für die Frühjahrbestellung einkauft.

Wir führen ein sehr reichhaltiges Lager zu
sehr billigen Preisen

Die Gelegenheit darf nicht vorüber gelassen werden, denn schon sind die Preise im Anziehen begriffen.

Deutsche Genossenschaftsbank in Polen
Waren-Abteilung
Łódź, Aljeje Kosciuszki 45/47.

Die Krone des Wissens

war und bleibt die Handschrift. Wer sich dafür interessiert sende 3 Zeilen, Adresse, Geburtsdatum und 200 Mk.

Łódź, Wysoka Nr. 18, m. 14.



Spargelder

verzinzen wir
bei täglicher Rückzahlung mit 6%
- wöchentlich - 7%
- 1/2-jährlich - 9%

Deutsche Genossenschaftsbank in Polen.

Łódź, Aljeje Kosciuszki 45/47

